

Vereinsgründung BBJ e.V. 1982

Gründungsidee eines Vereins bei Jugendaustausch in Kalabrien

Die späteren BBJ-Gründer waren Initiatoren des Modellversuchs „Ausbildung Jugendlicher im Jugendhilfebereich“ und organisierten im Rahmen des Modellversuchs den ersten internationalen Austausch innerhalb der beruflichen Bildung von Jugendlichen. Als sich 1982 die Gruppe in Kalabrien zur Planung weiterer Austausche aufhielt, wurde bei einer launigen Runde am 20. Juni 1982 der Entwurf einer Vereinssatzung spontan auf die legendäre „Serviette“ notiert.

Verein zur Förderung der Berufsausbildung von
benachteiligten Jugendlichen. (VFBJ)

Pietragrande, 20. 6. 82

Gründungsprotokoll

Anwesend: Frau Ingrid Mielau,
Reinhard Buscheudorf
Harald Zöllner
Pete Fimmel
Manfred Schneider
Pete Collingro
Mauro Grassi

1. Satzung wurde einstimmig verabschiedet.

Sozialer Konfliktherd Jugendproteste und Hausbesetzungen

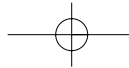
1982 besetzten Jugendliche in West-Berlin über einhundert leer stehende bzw. vom Abriss bedrohte Häuser. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei („Häuserkampf“). Sympathisanten versuchten zu schlichten und setzten sich durch Patenschaften für eine friedliche Lösung des Konflikts ein.

Zunehmende Jugendarbeitslosigkeit

Anfang der 80er Jahre stieg die allgemeine Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik rapide an: Lag die Zahl der Arbeitslosen 1980 noch unter einer Million, so betrug sie 1983 schon 2,26 Millionen Arbeitssuchende, 30 Prozent waren unter 25 Jahre alt. Hauptprobleme waren der Lehrstellenmangel und fehlende Arbeitsplätze für Berufseinsteiger.

Sozialpädagogisch orientiertes „Benachteiligtenprogramm“

1980/81 legte die Bundesregierung (CDU-FDP-Koalition) das „Benachteiligtenprogramm“ auf, das sich für eine sozialpädagogisch begleitete Berufsausbildung öffnete. Das Programm des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (das 1988 in das Arbeitsförderungsgesetz integriert wurde) erhielt 1980 einen Betrag von 8 Millionen DM. In den Folgejahren verbesserte sich die finanzielle Ausstattung erheblich – 1983 auf 124 Millionen DM und 1987 auf 365 Millionen DM.



Spätere BBJ-Mitglieder als Vermittler in der Hausbesetzerszene: Strategien der Legalisierung

Bei ihrer Tätigkeit in der Senatsverwaltung für Familie und Jugend nahmen BBJ-Mitglieder bei Hausbesetzungen die Rolle von Vermittlern ein. Ihre Strategie zielte auf eine Legalisierung der Situation in den besetzten Häusern, indem den Jugendlichen in Selbsthilfe- und Ausbildungsprojekten eine Perspektive zum Wohnen und Arbeiten geboten wurde.

Manfred Schneider war als Mitarbeiter der Senatsverwaltung ein Akteur vor Ort, der direkt mit der „Szene“ verhandelte. Als Sozialarbeiter musste er sowohl „basisnah“ kommunizieren als auch auf der Ebene der Verwaltung und ihrer Förderinstrumente konkrete Maßnahmen einleiten.



Die Gründer von BBJ in Kalabrien

BERLINER MORGENPOST *31. Juli 1982 Seite 7*

Nur in West-Berlin wurden leere Häuser zu einem Problem

In westdeutschen Städten spielen Hausbesetzungen kaum eine Rolle

dpA Berlin, 31. Juli
Berlin ist immer noch die „Hauptstadt der Hausbesetzer“. Mit 123 ganz oder teilweise besetzten Gebäuden – zwei wurden in dieser Woche geräumt, wobei es bei darauffolgenden nächtlichen Anschlägen Millionenschaden gab – nimmt die Zwei-Millionen-Stadt nach wie vor die Spitzenstellung unter den Bundesländern ein. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß es auch in keinem anderen Ballungsraum so viele Alt-



Vereinbarung über eine Umsetzung in andere Wohnungen getroffen. „Das, was jetzt noch leersteht, ist von der Bausubstanz zu mies“, als daß eine „Instandbesetzung“ noch Sinn hätte, meinte ein Sprecher der Frankfurter „Grünen“. In Gießen sind zwei Häuser seit zwei bzw. einem Jahr besetzt, die beide dem Land Hessen gehören. Das Land weigert sich, mit den Hausbesetzern – zu 90 Prozent Studenten – Mietverträge abzuschließen. Andererseits wurden bisher auch keine Strafanzagen gestellt.

Hausbesetzer-Zentrale: Anhalter Straße 7

Zwischen Sperrmüll und Matratzen werden Demonstrationen geplant

Seit Beginn von Hausbesetzungen in Berlin ist immer wieder aus wechselläufigen Quartieren die Szene zu Demonstrationen und Gewalttaten aufgegriffen worden. Eine führende Position nimmt hierbei das sogenannte „Kuckuck“- und Kultur-Centrum Kreuzberg (Kuckuck) in der Anhalter Straße 7 in Kreuzberg ein. Das Gewerbehause gehört dem Makler Shevkar Heide und Bernd Wesenburg. Vor sieben Jahren hatten sie das 1912 erbaute Gebäude im Wert von heute vier Millionen Mark gekauft. Zu den Mietern zählten eine Druckerei, ein Steuerberater, eine Elektronikwerkstatt, eine Rockfabrik und eine Pantominengruppe.

Nachdem das Haus im Winter 1981 besetzt wurde, zogen die Mieter bald aus. Sie wollten nicht mit Gewalttaten in Verbindung gebracht werden. Seitdem ist das „Kuckuck“ zur Hausbesetzerzentrale avanciert. Hier wird eine Vielzahl von Aktionen und Demonstrationen geplant.

„Zwangsräumung“
Bergmannstraße

So schreiben Hausbesetzer ihrer Räumung



Regenbogenfabrik: Besetzer, Eigentümer und Land einigten sich

„... wird legalisiert“

Nachdem die Besetzer der Lualitzer Straße 22a sign... Chef Vogel, Vertreter des Senats, das noch die Freitag mit einer Räumung am heutigen Besetzertruppens SHIK, des Vereins SO 36 und gen Montag rechnen mußten, begossen am der IBA bei Baustadtrat Orlovsky um eine Samstag alle Beteiligten im Veritascafé der friedliche Lösung für den Komplex im „Streifen Regenbogenfabrik das erzielte „Einvernehmen“ glengetel SO 36“ gefeiert. Dann wurde die über das weitere Vorgehen“. Vier Stunden lang Polizei angeufen und deren geplanter Einsatz hatten Vertreter der Besetzer, „Wohnbaude“ für heute morgen abgebläht.

Der Streit um die besetzten Häuser in der Lualitzer Str. 22 und 22a hat eine lange Geschichte. Die Eigentümergesellschaft „Wohnbauverein“ der Spekulantengruppe Vogelbräu hat darüber bereits seit langem mit dem Bezirksamt und den Besetzern verhandelt. Doch nachdem der von ihr und Orlovsky im Auge gefasste Tausch der Grundstücke gegen lukrativere Neubauland, möglichst im Spandauer-Dorste, in der Abschreibungsfriechtschad, sich immer wieder verzögert hatte, meinte Vogel, seine Abschreibungskommanditisten nicht länger halten zu können. Er verknagte zunächst das Bezirksamt auf Erstellung einer „Baugenehmigung“ zur Erteilung einer „Wohnbaude“ für heute morgen abgebläht.

Montag mit den Bauarbeiten für die geplante „Luxusmodernisierung“ nach § 17 beginnt. Für die Besetzer hieß das Räumung. „Wir wollen heute die Kinder und die Wachen evakuieren“, erzählte einer von ihnen, „im Strategien-Gebiet hatte das bedeutet Räumung und Abbruch der Verhandlungen. Als wir dann am Samstag und doch noch geingig hatten, war ich schon nicht mehr froh, sondern nur noch fertig.“

Auf Bittbeziehung von Orlovsky am Freitagabend trafen sich Samstag alle Beteiligten zu einem letzten Versuch um Kreuzberger Rathaus. Danach tippte der Vertreter des Bauamtes einen „Vormerk“

Das Bezirksamt beantragt den Erwerb durch das Land Berlin, um die Fabrik dann den Besetzern und das Vorderhaus einer deutsch-österreichischen Selbsthilfegruppe „Lasse-Haus“ zur Nutzung zu überlassen. Vorder- und Hinterhaus der benachbarten Nr. 22a wird Vogel & Braun nach § 17 zu einer notariellen Miete von 3.100 DM modernisieren. Seitenflügel und zweites Hinterhaus dagegen „nicht legalisiert“ und in Besitznahme von den Besetzern in Anspruch gesetzt, für das Verweislich im Vorderhaus wird ein Mietvertrag abgeschlossen. Die Besetzer, die das Vorderhaus freiwillig räumen werden, erhalten als Mieter im Nachbarhaus Nr. 22a. Heutige

